

Wirtschaftliche Transformationen und die Gemeinwohl-Ökonomie

Klara Stumpf

Aus der spezifischen Perspektive unseres Forschungsprojekts Gemeinwohl-Ökonomie im Vergleich unternehmerischer Nachhaltigkeitsstrategien (GIVUN) beschäftigt sich dieser Beitrag mit der ökonomischen Dimension des gesellschaftlichen Wandels.

Ein Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass das derzeitige kapitalistische Wirtschaftssystem systematisch Unsicherheiten produziert und die eigenen Grundlagen gefährdet. Der freie Markt ist eine starke Utopie, wie der Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi schreibt. Um zu funktionieren, ist das Marktsystem auf einbettende Institutionen angewiesen (vgl. Polanyi 2015). Feministische Ökonominnen wie Adelheid Biesecker und Sabine Hofmeister¹ sprechen beispielsweise von der Reproduktivität, die in klassischen Ökonomiemodellen häufig unsichtbar bleibt. Gemeint sind damit unter anderem die abgewerteten sozialen und physischen Quellen der Wertschöpfung. Polanyi spricht in diesem Zusammenhang von fiktiven Waren (Polanyi 2015: 108), also von Gütern, die nicht (rein) für den Verkauf hergestellt, aber bei

¹ Siehe zum Beispiel Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2006): Die Neuerfindung des Ökonomischen: ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur sozial-ökologischen Forschung, München: oekom.

ihrer Vermarktung so behandelt werden, wodurch ihre Reproduktion gefährdet wird. Nicht nur nach uns, sondern auch neben uns die Sintflut, um mit Stephan Lessenich zu sprechen, der in seinem Text über die Externalisierungsgesellschaft beschreibt, wie einige über die Verhältnisse der anderen leben. Er bezieht dies auf prekäre Arbeitsverhältnisse innerhalb von Gesellschaften, aber auch auf die Lebensstile und gesellschaftlichen Naturverhältnisse des globalen Nordens (vgl. Lessenich 2015). Diese führen global und intergenerationell zur Externalisierung, also zur Auslagerung von Umweltverschmutzung und Ressourcenverbrauch – bis hin zum Überschreiten von planetaren Grenzen und dem Risiko, Kipppunkte in wichtigen biophysikalischen Systemen wie dem Klima oder der Resilienz von Ökosystemen zu erreichen. So stellt sich die Frage, ob fortgesetztes wirtschaftliches Wachstum in diesen Gesellschaften des globalen Nordens überhaupt möglich und wünschbar ist.

Weil das Marktsystem, um dauerhaft zu bestehen, auf einbettende Institutionen angewiesen ist, muss es nach Polanyi quasi notwendigerweise Gegenbewegungen des Schutzes der Gesellschaft geben (vgl. Polanyi 2015). Die Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung (GWÖ), die wir in unserem Forschungsprojekt GIVUN untersuchen, will eine Alternative zum derzeitigen Wirtschaftssystem bieten und lässt sich als Gegenbewegung zu diesem beschreiben. Zentrales Ziel der GWÖ-Bewegung ist es, das wirtschaftliche Handeln auf das Gemeinwohl auszurichten. Monetärer Gewinn soll nicht länger Ziel des unternehmerischen Handelns sein, sondern lediglich Mittel zum Zweck. Die Bewegung arbeitet dafür auf zwei Ebenen: auf der Ebene der Unternehmen, die ein maßgeblicher Teil der Bewegung sind, und auf der politischen Ebene, auf der Veränderungen in den Rahmenbedingungen und Anreizstrukturen der Wirtschaft angestrebt werden.

Auf der Unternehmensebene operiert die Bewegung mit der sogenannten Gemeinwohl-Bilanz, die perspektivisch als neue unternehmerische Hauptbilanz dienen soll. Die Gemeinwohl-Bilanz in ihrer (zum Zeitpunkt des Symposiums) aktuellen Version 4.1 erfasst, wie die Werte Menschenwürde,

Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Transparenz in der unternehmerischen Praxis Berücksichtigung finden (vgl. GWÖ 2015). Konkret wird mithilfe von derzeit 17 Indikatoren und dazu gehörigen Subindikatoren erhoben und mit Punkten bewertet, wie diese Grundwerte gegenüber den zentralen Stakeholdern der Unternehmen – beispielsweise Lieferant*innen, Mitarbeiter*innen, Kund*innen, aber auch gegenüber anderen Unternehmen sowie dem gesellschaftlichen Umfeld – Berücksichtigung finden. Zudem gibt es 17 Negativkriterien, für die Minuspunkte verteilt werden. Wer in der Gemeinwohl-Bilanz gut abschneidet, soll, so der Vorschlag der GWÖ-Bewegung für die politische Ebene, rechtliche Vorteile erlangen wie etwa Steuererleichterungen oder Vorteile bei öffentlichen Ausschreibungen. Auch andere Rahmenbedingungen sollen verändert werden, etwa durch die Gründung einer gemeinwohlorientierten Bank. Weitere Forderungen umfassen auch die Einführung eines Solidaritätseinkommens, die radikale Begrenzung des Erbschafts- und Schenkungsrechts und die Erweiterung des repräsentativen demokratischen Systems um direkte Elemente (vgl. Felber 2012). Kooperation soll gefördert, Konkurrenz verringert werden. Alle politischen Forderungen sollen in sogenannten Konventionen diskutiert und abgestimmt werden. Derzeit ist die Bewegung auf der politischen Ebene sehr aktiv und versucht, die Gemeinwohl-Bilanzierung etwa als Berichtsstandard im Rahmen der EU-Richtlinie zur sogenannten nichtfinanziellen Berichterstattung zu verankern – also Berichterstattung über Umwelt- und Sozialthemen, Anti-Korruptionsmaßnahmen et cetera.

Beispiele von Anforderungen der Gemeinwohl-Bilanz (vgl. GWÖ 2015):

- Eine Einkommensspreizung von maximal 1:4 gilt als vorbildlich (1:12 gilt als »erste Schritte«).
- Die Regelarbeitszeit soll gesenkt, Arbeit gerecht verteilt werden.
- Geschäftsbeziehungen mit regionalen Unternehmen gelten als förderungswürdig.
- Ein ökologisch und sozial orientiertes Finanzmanagement soll implementiert werden.
- Durch Reparaturangebote oder Angebote der gemeinsamen Nutzung an die Kund*innen soll ein suffizientes Konsumverhalten gefördert werden.
- Eine absichtsvolle Lebenszeitverkürzung von Produkten (geplante Obsoleszenz) wird negativ bewertet.

Insgesamt zielen die Indikatoren der Gemeinwohl-Bilanz damit neben Effizienz und Konsistenz auch auf die Nachhaltigkeits-Strategie der Suffizienz. Viele streben eine Regulierung von Arbeit und Naturnutzung an und somit einen Schutz dieser fiktiven Waren im Sinne von Polanyi.

Derzeit gibt es knapp 200 Unternehmen vorwiegend in Deutschland und Österreich, die eine Gemeinwohl-Bilanz erstellt haben. In unserem Forschungsprojekt führten wir Interviews mit Vertreter*innen einiger dieser Unternehmen.² In den Interviews finden wir eine Vielzahl von gemeinwohlorientierten Unternehmenspraktiken wie die Anwendung von erhöhten Umwelt- und Sozialstandards. Zum Teil erfolgt auch eine stärkere Abgrenzung von dominanten Marktmechanismen, wie in den folgenden Beispielen. So bezieht etwa ein Bio-Bäcker aus unserem Sample sein Getreide über Runde Tische mit Bauernhöfen, mit denen man sich langfristig über Preise und Mengen einigt, und begründet dieses Vorgehen wie folgt:

»Also wir sind komplett abgekoppelt dann vom Markt. Das wollen wir auch so. Also mit den ganzen aktienbasierten, rohstoffbörsenbasierten Preisen, da sind wir vor vielen Jahren schon ausgestiegen, weil es überhaupt keinen Sinn machte, also weder für uns noch für die Bauern.«

Die Bäuer*innen und die Bäckerei machen sich somit unabhängig von den Rohstoffbörsen, die durch starke Fluktuationen und damit Unsicherheiten gekennzeichnet sind. Die gleiche Bäckerei versucht, sich auch in anderen Bereichen vom Markt abzukoppeln. Beispielsweise bietet sie ihre Produkte zu einem vergleichsweise günstigen Preis an – möglichst viele sollen sich Bio leisten können –, senkt die Preise aber nicht weiter, weil sie der Branche in der Stadt nicht das Geschäft verderben möchte. Stattdessen bietet sie ihre Produkte günstiger in der Gemeinschaftsverpflegung an: für Krankenhäuser, Kindergärten, Altenheime, Schulen. Die Bäckerei setzt sehr stark auf lokale Wirtschaftskreisläufe, kauft bevorzugt bei regionalen Betrieben ein und verkauft ihre Broterzeugnisse auch nur in einem begrenzten lokalen Umfeld.

Ein anderes Beispiel, bei dem sich ein GWÖ-Unternehmen gegen dominante Marktmechanismen richtet, ist ein Förder-Programm für kleinere

2 Die Fallauswahl im Rahmen des vom BMBF geförderten Projekts GIVUN umfasst elf GWÖ-Unternehmen aus dem deutschsprachigen Raum aus allen Sektoren. In die Studie sind Ein-Personen-Unternehmen ebenso eingeschlossen wie international agierende mittelständische Unternehmen mit über 450 Beschäftigten. Alle hier verwendeten Zitate stammen aus dem bisher unveröffentlichten empirischen Material der Studie. Siehe www.uni-flensburg.de/nec-forschung/givun/

Händler, das ein Hersteller von Outdoor-Textilien aus unserem Sample im Sinne der Gemeinwohl-Bilanz auf den Weg gebracht hat. Im Gegensatz zur dominanten Logik, nach der große Händler wegen ihrer größeren Bestellmengen günstigere Preise bekommen, sollen hiermit kleine Händler unterstützt werden. Der Textil-Hersteller bietet auch ein Mobilitätskonzept für die Mitarbeiter*innen mit Carsharing, Busshuttle und bevorzugten Parkplätzen für Fahrräder an. Das Unternehmen betreibt zudem eine Reparaturwerkstatt für seine Produkte, um deren Langlebigkeit zu erhöhen. Es ermöglicht somit einen suffizienteren Konsum.

Während manche der befragten Unternehmen mit ihrer gemeinwohlorientierten Unternehmenspraxis offenbar gut bestehen können, bekommen andere durchaus die Konkurrenz auf dem Markt zu spüren, wie etwa ein genossenschaftlicher, ausschließlich ökologisch produzierender Druckereibetrieb aus unserem Sample, der sich von einer Größe von 50 auf 15 Mitarbeiter*innen verkleinern musste. Die Repräsentantin dieses Unternehmens diskutierte im Interview die Möglichkeit, gemeinwohlorientiertes Wirtschaften durch veränderte Rahmenbedingungen, etwa eine Einkaufsrichtlinie für öffentliche Einrichtungen, zu fördern, und gibt ihrer Enttäuschung Ausdruck, dass das bisher nicht geschieht. Weiter würde es dem Unternehmen helfen,

»dass man sagen kann, ein solches Unternehmen wird durch irgendeine Art Umverteilungsausgleich gefördert, weil wir das gesellschaftlich, volkswirtschaftlich erhalten wollen. Dazu müsste es eben einen zumindest doch mehrheitlichen Willen in so einer Richtung geben.«

Fragt man sie, wie ihr gemeinwohlorientiertes Wirtschaften unterstützt werden könnte, nennen auch andere Unternehmensvertreter*innen unseres Samples Aspekte wie staatliche Zuschüsse, Steuererleichterungen, Bevorzugung bei öffentlichen Aufträgen oder der Kreditvergabe, aber auch eine realistischere Bewertung der volkswirtschaftlichen Kosten bestimmter umweltschädlicher Betriebspraktiken anderer Unternehmen, etwa in der konventionellen Landwirtschaft.

Zusammenfassend zeigen die befragten Unternehmen empirisch, dass es schon unter den heutigen Bedingungen Unternehmen gibt, die Arbeit und Natur vor dem unbeschränkten Zugriff von Marktmechanismen abschirmen, oder jedenfalls versuchen, in diese Richtung zu wirken.

Um abschließend auf die Frage nach der Gestaltbarkeit gesellschaftlicher Transformationsprozesse zurückzukommen, so ist es vielleicht angemessen, die GWÖ als einen möglichen Baustein für eine sozial-ökologische Transformation zu beschreiben. Gerade weil die GWÖ Entwicklungsoffen und partizipativ ist und demokratisch weiterentwickelt werden soll, bleibt zu beobachten, ob das zu einer Schleifung des Projekts im Sinne eines Greenwashings führt, oder ob es einen tatsächlichen fundamentalen Wandel in den Werten, Praktiken und Rahmenbedingungen des Wirtschaftssystems anstoßen kann. Ein wichtiger Beitrag der GWÖ liegt sicherlich im Sichtbarmachen und Erproben von Alternativen auf Unternehmensebene und im Nachdenken über politische Rahmenbedingungen und Zielsetzungen. Der offene, anpassungsfähige Prozess ermöglicht es, mit unerwarteten Wirkungen, Nebenwirkungen, Widerständen und sich bietenden Möglichkeiten umzugehen. Das ist es, was wir in unserem Projekt auch weiterhin betrachten und kritisch reflektieren werden.